

## Pressemitteilung 14.11.2007

Dr. W. Mollenhauer

Die Bauingenieure und Architekten des Landesverbandes Brandenburg stellen mit großer Sorge und Enttäuschung fest, dass sie einerseits die dramatisch steigenden Kosten und Abgaben tragen müssen, andererseits jedoch **keine Anpassung der Honorare** und damit ihres Einkommens **seit 1995** erfolgte. Die Honorare sind nicht mehr auskömmlich wie mehrere neutrale Untersuchungen belegen. Zusätzlich hat das baukonjunkturelle Tief der zurückliegenden Jahre Einnahmeausfälle und Honorardumping verursacht.

Seit 1995 haben sich in Deutschland die Einkommen bei Arbeiterinnen/ Arbeitern um 22 % und bei Angestellten um 34 % erhöht. Das Bruttoeinkommen von Bauingenieuren und Architekten lag in den hier typischen kleinen Büros zwischen 2.000 und 3.000 €, das der Angestellten in der Wirtschaft (ohne unternehmerisches Risiko) und überwiegend ohne Hochschulabschluss bei 3.600 €.

Der Bundesrat hat in seiner Drucksache 399/95 die Bundesregierung aufgefordert, die HOAI zu novellieren und zu modernisieren.

In der Koalitionsvereinbarung CDU/CSU/SPD von 2005 ist die Anpassung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) als Aufgabe und Ziel formuliert.

**Bisher gibt es aber keine verwertbaren und wirksamen Ergebnisse** für die ca. 250.000 betroffenen Berufsträger und deren Mitarbeiter.

Wir halten das für **sehr kritisch**, da es sich bei der **HOAI** um **keinen** zu vereinbarenden **Tarif**, sondern eine Regelung handelt, die der Aktivitäten der Bundesregierung und des Bundesrates zwingend bedarf.

Von den betroffenen Berufsträgern gab es viele Anregungen und Vorschläge, die in letzten 13 Jahren zu Stillstand und Blockade – insbesondere im Bundeswirtschaftsministerium - geführt haben.

**Wir erwarten von der Bundesregierung** eine schnelle Lösung durch die **Anhebung der Honorartabellen der HOAI und der Stundensätze**, weil es wohl – außer den Ingenieuren und Architekten - niemanden gibt, der heute die gleichen Diäten, den gleichen Lohn oder das gleiche Honorar wie im Jahr 1995 für seine Arbeit erhält.

Die Koalitionsvereinbarung der Brandenburgischen Regierungskoalition von 2004 macht zu den Freien Berufen keine Aussagen. **Wir erwarten** allerdings, **dass sich unsere Landesregierung** im Bundesrat zumindest für eine schnelle und gerechte (Zwischen-)Lösung einsetzt.

Davon hängt auch ab, ob es ausreichenden Ingenieurnachwuchs im Land geben wird.